



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

31. Mai 2010

1. Bodenschutzrahmenrichtlinie

Das Parlament hat seine Position zur umstrittenen Bodenschutzrahmenrichtlinie grundlegend geändert. In seiner Entschließung zum Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“ vom 6. Mai findet sich unter Textziffer 41 folgende bemerkenswerte Aussage: „Das europäische Parlament

- weist darauf hin, dass die Bodenverschlechterung vor allem lokale und regionale Ursachen und Folgen hat und dass folglich das Subsidiaritätsprinzip angewendet werden sollte;
- fordert die Mitgliedstaaten ohne Bodenschutzvorschriften auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden;“

Das ist im Ergebnis die Position von Deutschland, Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien, die sich gegen die Richtlinie ausgesprochen und das Verfahren bislang durch ihr Minderheitenvotum „blocking minority“ gestoppt hatten. Dabei berufen sich diese Staaten, wie jetzt auch das Parlament, auf das Subsidiaritätsprinzip. Der Bodenschutz stellt keinen grenzüberschreitenden Sachverhalt dar und kann zudem von den Mitgliedstaaten selbst sinnvoller erledigt werden als von der EU. Die Triopräsidentschaft Spanien – Belgien – Ungarn hatte in ihrem Arbeitsprogramm „eine Einigung über die vorgeschlagene Bodenschutzrichtlinie“ zu ihrem Ziel erklärt, die „wirksam und uneingeschränkt umgesetzt werden“ sollte. Durch die neue Positionsbestimmung des Parlaments sind die fünf kritischen Mitgliedstaaten in ihrer ablehnenden Position gestärkt worden, auch wenn das Parlamentsvotum rechtlich nicht verbindlich ist.

Die Entschließung des Parlaments vom 06. Mai 2010 zu dem Weißbuch der Kommission „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“ unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0154+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Sportförderung

Die Kommission wird 2010 bestimmte Maßnahmen im Sportbereich fördern. Nach einer Ankündigung vom 30.04. 2010 sollen Netzwerke und der Austausch von guten Verfahrensweisen in den folgenden Bereichen unterstützt werden: Kampf gegen Doping, soziale Eingliederung im und durch Sport, Unterstützung der Freiwilligentätigkeit im Sport.

EuKommunal - News (EUKN)

Dafür ist ein Budget von 2,5 Mio. € vorgesehen. Mit dieser Ankündigung hat die Umsetzung der neuen europäischen Kompetenzen im Bereich des Sports begonnen. Die für den Sport zuständige Kommissarin Androulla Vassiliou will im November 2010 eine Mitteilung zum Sportbereich veröffentlichen und für 2011 vorbereitende Maßnahmen entwickeln, auf deren Grundlage für 2012 und 2013 ein Sportprogramm angenommen werden soll.

Auf dem ersten Treffen der europäischen Sportminister am 10. Mai 2010 in Brüssel wurde die Schaffung einer EU-Zuständigkeit für die Koordinierung der Sportpolitiken durch den Lissabon-Vertrag begrüßt, zugleich aber auch betont, dass nach dem Subsidiaritätsprinzip EU-Aktionen auf diesem Gebiet einen klaren Mehrwert gegenüber nationalen Aktivitäten aufweisen müssen. Mögliche Finanzierungsprogramme für den Sport sollten sich daher auf wenige Prioritäten konzentrieren, da für die allgemeine Sportförderung die nationale Ebene am Besten in der Lage sei, in konkreten Fällen tätig zu werden.

Die Ankündigung vom 30.04. (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/sport/news/news923_en.htm

Ein umfassender Überblick zum Stand der zur europäischen Sportpolitik unter

http://www.sportministerium.at/de/menu_main/themen/europaeische-sportpolitik

Beschluss der Sportminister (Englisch, dort Seite 10) unter

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/114361.pdf

Ein praktischer Leitfaden zur Sportförderung in der EU vom Deutschen Olympischen Sportbund unter

http://www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/downloads/DOSB-Textsammlung/DOSB_EU-Foerderbroschuere_2010.pdf

3. Klimaschutzmaßnahmen

Termin: 30. 06. 2010

Für lokale und regionale Klimaschutzmaßnahmen ist eine Datenbank in Vorbereitung.

Diese vom AdR verwaltete Datenbank baut auf dem Know-how der AdR – Monitoringplattform „Europa-2000“ auf und steht den Mitgliedern des Bürgermeisterkonvents zur Verfügung. In diese Datenbank wird auch das Ergebnis einer derzeit laufenden Umfrage des AdR zu den Maßnahmen der Regionen und Städte für eine nachhaltige Energiepolitik eingestellt.

Weitere Informationen zur Datenbank unter

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=3b1b07f3-e18a-43d2-b552-7a2a65d43552>

Die Umfrage des AdR für nachhaltige Energiepolitik (Frist: 30. Juni 2010) unter

<http://portal.cor.europa.eu/europe2020/news/Documents/Survey%20Sustainable%20energy%20May%202010/DE%20-%20Sustainable%20Energy%20Policies%20survey%20Questionnaire.doc>

4. Gebäudeenergie richtlinie

Das Parlament hat die neue Gebäudeenergie richtlinie verabschiedet. Die Richtlinie enthält Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz sowohl für neue, als auch für bereits vorhandene Gebäude. Alle Gebäude (Privathäuser, Büros, Restaurants), die nach Ende 2020 errichtet werden, müssen hohe Energiesparvorgaben erfüllen und zu einem bedeutenden Teil mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Für öffentliche Gebäude soll dies bereits ab 2018 gelten. Für bereits bestehende Gebäude gilt, dass größere Renovierungen gleichzeitig die Energieeffizienz verbessern müssen, sofern dies technisch und wirtschaftlich machbar ist. Hauseigentümer müssen im Zuge von Renovierungsarbeiten sog. intelligente Zähler einbauen und vorhandene Heizungen, Heißwasserrohre und Klimaanlage durch energieeffiziente Alternativen, wie z. B. Wärmepumpen, ersetzen. Heizkessel und Klimaanlage müssen regelmäßig kontrolliert werden. Aufgrund der klimatischen Unterschiede in den Mitgliedstaaten wird die konkrete Ausgestaltung der Richtlinie den Mitgliedstaaten überlassen, die nun entsprechende Gebäudeenergiestandards auszuarbeiten haben. Die Mitgliedstaaten haben nationale Pläne zur Erhöhung der Zahl der

nahezu energieautarken Gebäude zu erstellen. Ab 2017 muss dem potenziellen Mieter oder Käufer einer Immobilie der Energieausweis vorgelegt werden und in den Verkaufs- oder Vermietungsanzeigen ist der Energieeffizienzindikator anzugeben. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie innerhalb von zwei Jahren nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Die vom Parlament verabschiedete Fassung unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2010-0124&language=DE>

Der Standpunkt des Rates

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cls/cons_cons\(2010\)05386\(rev3\)/cons_cons\(2010\)05386\(rev3\)_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cls/cons_cons(2010)05386(rev3)/cons_cons(2010)05386(rev3)_de.pdf)

5. Gebäudewasserrichtlinie?

Es gibt erste Überlegungen über eine Wasser-Effizienz-Richtlinie für (Wohn-) Gebäude. Über ein entsprechendes Arbeitspapier der Kommission berichtete erstmals die FAZ am 26. 04. 2010. Danach werden EU-weit bis zu 40 % Wasser verschwendet, insbesondere in der Landwirtschaft und in Gebäuden. In einigen Regionen könnten allein in Gebäuden bis zu 30 % Wasser eingespart werden. Deshalb hätten Auflagen für Gebäude Priorität. Das dürfte insbesondere folgende Bereiche tangieren: Bäder und Duschen, Toilettenspülung, Spül- und Waschmaschinen sowie Schwimmbäder und Sprinkleranlagen. Mit der Pressemitteilung der Kommission vom 18. Mai 2010 über den Fortschrittsbericht zur Bekämpfung von Wasserknappheit und Dürre haben sich diese ersten Hinweise über eine Gebäudewasserrichtlinie bis zur Gewissheitgrenze verdichtet. Wörtlich: „2010 gilt das Hauptaugenmerk der Effizienzsteigerung, vor allem dem Potenzial für Einsparungen in Gebäuden, der Verminderung von Leckverlusten und der sachgemäßen Wassernutzung in der Landwirtschaft.“

Pressemitteilung der Kommission vom 18. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/577&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Zum Thema auch unter

www.vgf-online.de/presse/nl-auflistung/eu-info-ausgabe-mai-2010.html

Studien zu Wassereffizienzstandards Juli 2009 (320 Seiten, Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/water/quantity/pdf/Water%20efficiency%20standards_Study2009.pdf

und (161 Seiten Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/water/quantity/pdf/Water%20Performance%20of%20Buildings_Study2009.pdf

6. Energiekennzeichnungsrichtlinie

Die Energiekennzeichnungsrichtlinie ist auf industriell und gewerblich genutzte Geräte ausgedehnt worden.

Entsprechend zu kennzeichnen sind daher künftig auch Kühlräume und Verkaufsautomaten, aber auch Heizkessel und Heizthermen. Auch für Bauprodukte, die zwar selbst keine Energie verbrauchen, aber Auswirkungen auf die Energieeffizienz eines Gebäudes haben, soll das Effizienzlabel verpflichtend werden. Darunter fallen beispielsweise Fensterverglasungen oder Außentüren. Bislang war ein Label nur für die Energieeffizienz von Haushaltsgeräten wie Kühl- und Gefrierschränken, Backöfen, Klimageräten, Geschirrspülmaschinen, Waschmaschinen, Wäschetrocknern und Lampen vorgeschrieben. Durch die Neuregelung wird auch die bestehende Effizienzklasse von „A“ bis „G“ durch drei neue Effizienzklassen „A+“, „A++“ und „A+++“ oberhalb der Klasse A ergänzt. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass durch die fortschreitende technische Entwicklung die Geräte der Klasse „A“ nicht mehr die sparsamste am Markt verfügbare Technik darstellen. Künftig muss nicht nur auf dem Produkt selbst, sondern auch in der Werbung der Energieverbrauch deutlich sichtbar gemacht werden. Die Richtlinie muss nach

der Veröffentlichung im Amtsblatt von den Mitgliedstaaten innerhalb eines Jahres in nationales Recht umgesetzt werden.

Pressemitteilung vom 19. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/584&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der vom Parlament verabschiedete Text der neuen Richtlinie unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0178+0+DOC+XML+V0//DE>

EurActiv berichtet am 17. 05. 2010, dass die Kommission die Festlegung von Standards für die Energieeffizienz von Zentralheizungskesseln in Haushalten wegen technischer Schwierigkeiten aufgeschoben habe. Dazu unter

<http://www.euractiv.com/de/energieeffizienz/eu-verhandlungen-zu-kesselwirkungsgraden-ziehen-sich-weiter-hinaus-news-494236>

7. KFZ - Notrufsystem

Das KFZ-Notrufsystem eCall ist bislang in 21 Mitgliedstaaten eingeführt worden. Dieses auch in Deutschland und Österreich eingeführte System wählt nach einem schweren Unfall automatisch die einheitliche europäische Notrufnummer 112 und übermittelt die Standortdaten des Unfalls und weitere Informationen an die nächstgelegene Einsatzzentrale. Zur Inbetriebnahme des Notrufsystems müssen die Notrufzentralen mit entsprechender Technik ausgestattet sein. Die Kosten für den Einbau des eCall-Systems werden pro Neuwagen auf weniger als 100 Euro geschätzt.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 04. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. Tierschutz

Der Tierschutz soll weiter verbessert werden. In einer Entschließung vom 05. 05. 2010 hat das Parlament Fortschritte beim Tierschutz festgestellt, zugleich aber auch Möglichkeiten für weitere Verbesserungen bei der Umsetzung der bereits bestehenden Vorschriften aufgezeigt. Ausdrücklich erwähnt werden das Verbot der Batteriehaltung von Hühnern sowie die Regelungen für Schweine, für Tiertransporte sowie für die Haltung von Gänsen und Enten einschließlich der Zwangsmästung. Die Anwendung bestehender Vorschriften hat für das Parlament Priorität vor dem Erlass von neuen Regelungen. Konkret gefordert wird u. a., dass

- Eier aus Batteriehaltung mit einem EU-weiten Vermarktungsverbot belegt werden,
- die Entwicklung eines Satellitensystems für die Überwachung von Tiertransporten forciert wird,
- die Vorschriften über die Haltung von Wildtieren in zoologischen Gärten strenger überwacht werden,
- in allen EU-Mitgliedstaaten für den Fall der Nichteinhaltung der bestehenden Vorschriften härtere Strafen vorgeschrieben werden,
- bis 2014 ein Vorschlag für ein allgemeines Tierschutzrecht in der EU und
- schnellstmöglich ein mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestatteter Aktionsplan für den Zeitraum 2011-2015 vorgelegt werden soll.

Anlass für die Entschließung war die Bewertung und Beurteilung des Aktionsplans für Tierschutz 2006-2010.

Die Entschließung vom 05. 05. 2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0130&language=DE&ring=A7-2010-0053>

9. Landwirtschaft

Seit 2009 prägen rückläufige Beschäftigungszahlen (-16,7 %) und sinkende Einkommen (-9,6 %) den Landwirtschaftssektor in der EU15. Anders die Entwicklung in den 12 Mitgliedstaaten, die der EU 2004 und 2007 beigetreten sind (Beschäftigungszahl - 31,2 %; Einkommen + 61,2 %). In Deutschland ging nach den neusten Erhebungen von Eurostat in der Landwirtschaft die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze um 21,7 % und Österreich um 13,5 % zurück; rückläufig auch das reale landwirtschaftliche Einkommen in Deutschland -11,9 % und in Österreich -5,7 %.

Umfassende Vergleichszahlen in der Pressemitteilung vom 07. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/66&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

10. Bioabfall

Bioabfall soll effizienter genutzt werden. Dabei geht es insbesondere um das in Garten-, Küchen- und Lebensmittelabfällen schlummernde Potenzial. Dessen Erschließung als erneuerbare Energiequelle oder Recyclingmaterial ist Gegenstand einer Mitteilung der Kommission. Schwerpunkt der Mitteilung ist die Anwendung bestehender Vorschriften, die in allen Mitgliedstaaten in vollem Umfang genutzt und strikt durchgesetzt werden sollen. Das gilt u. a. für die Vorgabe, Bioabfälle nicht mehr auf Deponien abzulagern und die Vorgabe der Abfallrahmenrichtlinie bzgl. der Einführung von getrennten Sammelsystemen. Zugleich wird angekündigt, dass u. a. Normen für Kompost und besondere Leitlinien mit verbindlichen Zielvorgaben für die Bioabfallvermeidung erlassen werden sollen. In der Pressemitteilung weist die Kommission ausdrücklich darauf hin, dass u. a. in Deutschland und Österreich bereits hocheffiziente Systeme bestehen, die auf der Trennung der verschiedenen Bioabfallströme basieren.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 18. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/578&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Mitteilung über Bioabfälle (Englisch) unter:

<http://ec.europa.eu/environment/waste/compost/index.htm>

11. Betrugsmeldesystem

Korruptions- und Betrugsanzeigen können jetzt über ein elektronisches Meldesystem erstattet werden. Sachdienliche Hinweise werden zwar schon seit Jahren europaweit von OLAF, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, über gebührenfreie Telefonnummern und E-Mails entgegen genommen. Das neue internetbasierte Betrugsmeldesystem bietet nun den Hinweisgebern ein strukturiertes Onlineformular, das sie bei der Anzeigerstattung unterstützt und leitet. Damit können Verdachtsfälle nicht nur von Bürgern sondern auch EU-Bediensteten anonym an OLAF gemeldet werden. Neuartige technische Vorkehrungen garantieren dem Hinweisgeber absolute Anonymität, erlauben es ihm aber zugleich, mit einem OLAF-Ermittler in einen Dialog zu treten, wenn er dies wünscht. Dabei ist es niemandem – weder innerhalb noch außerhalb von OLAF – möglich, die Identität des Hinweisgebers zu erfahren, wenn dieser sich zur Geheimhaltung entschlossen hat. Die Dialogmöglichkeit hat den Vorteil, dass die Glaubhaftigkeit von anonymen Korruptions- und Betrugsanzeigen hinterfragt werden kann und damit der Missbrauch erschwert wird. Das neue Betrugsmeldesystem ist zunächst in den Sprachen Englisch, Französisch, Deutsch und Niederländisch verfügbar.

Pressemitteilung vom OLAF vom 01. 03. 2010 unter

http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2010/03_de.html

Das neue elektronische System unter

http://ec.europa.eu/anti_fraud/contact_us/index_de.html

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung unter

http://ec.europa.eu/anti_fraud/index_de.html

Eine Eurobarometer-Umfrage zur Korruption (97 Seiten) vom November 2009 (siehe auch EuKN 01.23) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_325_de.pdf

12. EU-Energiepolitik

Termin: 02. Juli 2010

Verbraucher und Unternehmen sollen sichere, nachhaltige und kohlenstoffarme Energie zu erschwinglichen und konkurrenzfähigen Preisen erhalten. Das ist das Ziel der neuen europäischen Energiestrategie. In einem bis zum 2. Juli laufenden Konsultationsverfahren kann zu verschiedenen Aspekten der neuen Energiepolitik Stellung genommen werden. Die für 2011 angekündigte Strategie soll Projekte wie Infrastruktur, Europäisches Wiederaufbauprogramm, Emissionshandel, erneuerbare Energien und Angelegenheiten der Energiesicherheit erfassen und für den Zeitraum von 2011 bis 2020 gelten.

Konsultation (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/energy/strategies/consultations/2010_07_02_energy_strategy_en.htm

Hintergrundpapier (Englisch 17 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/energy/strategies/consultations/doc/2010_07_02/2010_07_02_energy_strategy.pdf

13. Artenvielfalt

Der Verlust der biologischen Vielfalt konnte weltweit nicht verlangsamt werden. Die 2002 auf dem Weltgipfel in Johannesburg vereinbarte Trendwende beim Biodiversitätsverlust ist ausgeblieben. Das ist die ernüchternde Aussage des am 11. Mai 2010 veröffentlichten 3. UN Berichts „Globaler Ausblick zur Lage der biologischen Vielfalt“. Zu den Hauptursachen des Verlusts an biologischer Vielfalt stellt der Bericht fest, dass die Zerstörung und Übernutzung von Lebensräumen und Arten, Umweltverschmutzung sowie invasive Arten und Klimawandel nicht ernsthaft bekämpft werden. Der Globale Ausblick beruht auf der Auswertung von über 100 nationalen Biodiversitätsberichten, die die Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt vorzulegen hatten.

Zusammenfassung des Berichts (17 Seiten) unter

<http://www.cbd.int/gbo/gbo3/doc/GBO3-Summary-final-de.pdf>

Der Bericht (Englisch 96 Seiten) unter

http://gbo3.cbd.int/media/2721/gbo_en_web.pdf

Die Website des UN Secretariat of the Convention on Biological Diversity (Englisch) unter

<http://gbo3.cbd.int/>

Die EU-Kommission hat im Januar 2010 festgestellt, dass auch in der EU das Artensterben nicht aufgehalten werden konnte. Die Kommissionsmitteilung „Optionen für ein Biodiversitätskonzept und Biodiversitätsziel der EU für die Zeit nach 2010“ (14 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/policy/pdf/communication_2010_0004de.pdf

14. Halon-Verbot

Die Kommission will Halon in den nächsten 30 Jahren vollständig verbieten. Die ozonschädigenden Halogenkohlenwasserstoffe (Halone) sind in der EU seit 1994 durch das Montrealer Protokoll verboten, allerdings ist die Nutzung für "kritische Verwendungszwecke" wie Brandbekämpfung noch erlaubt. Bei den derzeit noch geltenden Ausnahmen vom generellen Verbot, die nun nach einem von der Kommission vorgelegten Entwurf schrittweise abgebaut werden sollen, handelt es sich um Anwendungen in militärischen Land- und Luftfahrzeugen, U-Booten und in Frachträumen von Flugzeugen. Zumindest nach der EU-Rechtslage gibt es derzeit auch noch Sonderregelungen für "tragbare Feuerlöscher zur Eigensicherung von Löschmannschaften". Im Bereich der kommunalen Feuerwehren kann

aber davon ausgegangen werden, dass es in der Praxis seit dem Produktionsverbot von Halon offiziell keine Löscher mehr mit dem Löschmittel Halon gibt.

Der Entwurf einer entsprechenden Verordnung unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09075.de10.pdf>

15. Einwanderung und Asyl

Die Kommission hat den Ersten Jahresbericht über Asyl und Einwanderung vorgelegt.

Es ist der erste Jahresbericht über die Umsetzung des im Oktober 2008 verabschiedeten Pakts und versteht sich als vorbereitender Beitrag zur jährlichen Aussprache des Rates über die Einwanderungs- und Asylpolitik. Der Berichtszeitraum reicht von Oktober 2008 bis Ende 2009.

Der Bericht vom 06. 05. 2010 unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0214:FIN:DE:PDF>

16. Fernfahrer

Das Parlament hat eine stärkere Harmonisierung der Strafen bei Regelverstößen im Straßenverkehr gefordert.

Insbesondere bei Verstößen gegen Lenk- und Ruhezeiten gibt es in der EU gravierende Unterschiede. Zehnmal höher sind derzeit die Geldstrafen für das Überschreiten der täglichen Lenkzeit von mehr als 2 Stunden in Spanien (EUR 4.600) als in Griechenland (EUR 400). Auch die Methoden zur Feststellung der Schwere des Verstoßes variieren zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. In Belgien werden beispielsweise sowohl die tägliche Lenkzeit als auch die ununterbrochene Lenkzeit berücksichtigt. Die Abgeordneten fordern von den Mitgliedstaaten

- die Unterschiede bei der Art und Höhe der Strafen zu reduzieren,
- die Häufigkeit der Kontrollen durch nationale Behörden zu erhöhen und
- mehr Geld in Ruheeinrichtungen und Abstellplätze entlang des Autobahnnetzes zu investieren.

Der zugrundeliegende Bericht unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-439.252+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

17. Spielzeugrichtlinie

Die 2009 novellierte EU-Spielzeugrichtlinie sollte erneut überarbeitet werden. Diese Ansicht vertrat die Mehrheit der Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages. Hinsichtlich der polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAKs) gebe es keinen sicheren Grenzwert und daher sei eine Reduzierung bis zur Machbarkeitsgrenze erforderlich. Übereinstimmend wurde eine strengere Marktüberwachung gefordert. Markenhersteller würden in der Regel Vorschriften und Normen einhalten, sähen sich aber einer unüberschaubaren Anzahl an Marktteilnehmern gegenüber, die Eigenimporte durchführten und dabei häufig nicht in der Lage seien, die nötige Gewissenhaftigkeit bezüglich der Spielzeugsicherheit zu bieten.

Bericht über die Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie am 17. 05. 2010 unter

http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_05/2010_155/02.html

18. Asylbewerber

Im Jahr 2009 wurden in der EU fast 261.000 Asylbewerber registriert, das entspricht 520 Bewerbern pro 1 Million Einwohner. Nach den Erhebungen von Eurostat kamen die meisten Bewerber aus Afghanistan (20.400 = 8 %), Russland (20.100 = 8 %), Somalia (19.100 = 7 %) und Irak (18.700 = 7 %). Die meisten stellten ihren Antrag in Frankreich (47.600 Bewerber),

gefolgt von Deutschland (31.800) und England (30.300); Österreich verzeichnete 15.800 Antragsteller. Im Vergleich zur Bevölkerung des jeweiligen Mitgliedstaates lag Österreich mit 1.900 Bewerbern pro 1 Million Einwohnern weit vor Frankreich (740), England (490) und Deutschland mit 390 Bewerbern pro 1 Million Einwohner. Die Gerichte entschieden erstinstanzlich in 229.500 Fällen, davon wurde in 166.900 Fällen dem Antrag nicht entsprochen. In Deutschland ergingen 9.765 positive und 17.015 ablehnende Entscheidungen; in Österreich wurden 3.220 positive und 11.600 ablehnende Entscheidungen verzeichnet.

Die Pressemitteilung von Eurostat vom 04. 05. 2010 unter

<http://ec.europa.eu/eurostat>

19. Minderjährige Asylbewerber

Unbegleitete Minderjährige, die in die EU gelangt sind, sollen besser geschützt werden.

In einem von der Kommission verabschiedeten Aktionsplan ist u. a. die Festlegung gemeinsamer Normen für Vormundschaft und Rechtsbeistand vorgesehen. Ziel ist die Schaffung eines europäischen Konzepts, das gewährleisten soll, dass die zuständigen Behörden über die Zukunft unbegleiteter Minderjähriger möglichst binnen sechs Monaten entscheiden. Die Mitgliedstaaten sollten vorrangig nach den Familien der Minderjährigen suchen und sorgfältig über deren Wiedereingliederung in ihr Herkunftsland wachen. Wenn es dem Kindeswohl entspricht, sollten die Mitgliedstaaten alternative Lösungen finden, darunter die Zuerkennung des internationalen Schutzstatus oder eine Neuansiedlung in der EU. Eurostatdaten zufolge stellten 2009 in 22 Mitgliedstaaten (ausschließlich Dänemark, Frankreich, Polen, Rumänien und Tschechische Republik) 10.960 unbegleitete Minderjährige Asylanträge, d. h. 13 % mehr als 2008 (9.695 Anträge).

Pressemitteilung vom 06. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

20. Energieeffizientes Bauen

Es gibt ein europäisches Webportal für energieeffizientes Bauen. Über das Portal können die neuesten technologischen Lösungen zu energiesparendem Bauen abgefragt, aber auch die eigenen Erfahrungen ins Netz gestellt werden. Für Baufachleute und Kommunalpolitiker sind Veranstaltungen zum Thema „energieeffizientes Bauen“ ausgewiesen.

Das Portal unter

<http://www.buildup.eu/de/home>

21. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Termin: 20. 07. 2010

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt es in der EU eine eigene Organisationsform.

Mit dem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) besteht seit 2006 für die lokale und regionale Ebene die Möglichkeit, ohne bilaterale Staatsverträge grenzüberschreitend über eine eigens gegründete Rechtspersönlichkeit tätig zu werden. Der EVTZ kann nationale und europäische Finanzmittel beantragen und mit Privatgeldern in öffentlich-privaten Partnerschaften kombinieren. Bislang wurden von den Städten und Regionen Europas 13 EVTZ gegründet, z. B. ein gemeinsam verwaltetes Krankenhaus an der französisch-spanischen Grenze. Zur Vorbereitung einer Überarbeitung der einschlägigen EU-Verordnung läuft z.Zt. ein Konsultationsverfahren. Angesprochen werden u. a. bereits gegründete oder in der Gründungsphase steckende EVTZ sowie Städte und Regionen. Damit sollen bislang gemachte Erfahrungen und das künftige Potenzial für EVTZ ermittelt werden. Beiträge können bis 20. Juli an egtc@cor.europa.eu gesendet

werden. Die Ergebnisse sollen im Oktober 2010 in Brüssel auf den OPEN Days vorgestellt werden und in die für 2011 vorgesehene Überarbeitung der EVTZ-Verordnung einfließen.

Pressemitteilung der AdR vom 03. 05. 2010 mit weiteren Hinweisen unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=COR/10/38&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

22. Onlineauslandsberater

Neu im Netz ist der Onlineauslandsberater für reisewillige Jugendliche ab 16 Jahren.

Anhand von sieben Fragen u. a. zu Alter, Aufenthaltsdauer, Ausbildungsstand und Reiseziel, ermittelt das Onlinetool die passenden Programmarten und Fördermöglichkeiten. Alle Angaben werden anonym erfasst. Die Ergebnisse des Systems sind programmneutral, trägerübergreifend und berücksichtigen insbesondere Förderprogramme und Stipendien.

Einzelheiten unter

<http://www.rausvonzuhause.de/wai1/auslandtest.asp>

23. Europa 2010

Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments hat eine Broschüre „Europa 2010“ vorgelegt.

In der Broschüre werden die europäischen Institutionen und die unterschiedlichen Politikbereiche der EU erläutert. Sie geht auf die Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon ein und enthält Informationen zu Themen wie: EU-Erweiterung, Binnenmarkt, Klimapolitik, Außenpolitik und Verbraucherschutz sowie zu Jugend- und Bildungsprogrammen. Der Broschüre liegt eine Satellitenkarte von Europa bei, die bei Interesse auch einzeln unter epberlin@europarl.europa.eu angefragt werden kann.

Die Broschüre (109 Seiten, Stand 26. Februar 2010) unter

<http://www.europarl.de/ressource/static/files/publication/europa-2010.pdf>

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958